Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 4 (1924-1925)

Heft: 2

Buchbesprechung: Bücher

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zwischen Moskau und London begonnen haben, und daß ihr Erfolg schon heute als gesichert gelten darf, wenn dieser Bunsch von russischer Seite nur einigers maßen erwidert wird. Eine russische Berständigung wäre nach hiesiger Ansicht die wirksamste Garantie gegen Frankreichs Hegemoniepläne und für die Erhaltung des Weltfriedens.

London, 19. April 1924.

D. G.

Die Geparatisten und ihre Helfer vor 125 Jahren.

Aus Hippolyt Taine: Les Origines de la France contemporaine. La Révolution, tome III, Seite 612:

tome III, Seite 612:
""Rachdem die Bande Frankreich verschlungen hat, macht sie sich daran, Europa zu verschlingen, "Blatt um Blatt, wie eine Artischofe." Wozu die blutige Posse beschreiben, die sie im Ausland aufführen oder aufführen lassen? Es ist ja nur eine Wiederholung des Stückes, das sie in Paris seit acht Jahren aufsühren, eine liederliche und blöde Abersehung ins Flämische, Holländische, Deutsche, Italienische, den örtlichen Berhältnissen angepaßt mit etwas anderer Lesart, mit Streichungen und Auslassungen, aber immer mit demselben Ausgang, nämlich einem Hagel von Säbelhieben und Kolbenstößen sür alle Besigenden, ... um sie zur Herausgabe ihres Geldes und ihrer Wertpapiere aller Art zu zwingen, was sie sich denn auch gefallen lassen, die im Hend und ohne einen Rappen dastehen. Allgemeine Regel: in dem kleinen Staat, den es auszubeuten gilt, wiegelt der nächste General oder ernannte staatliche Vertreter die Unzufriedenen gegen die Behörden aus, die unter keiner Regierung sehlen, namentlich die heruntergekommenen Leute aus allen Ständen, Abenteurer, Kassechauskrakehler, junge Histöpse, kurz die Jakobiner der Gegend; von da an sind sie sür den Vertreter Frankreichs "das Bolt" des Landes, auch wenn es nur eine Hand voll Leute der schlimmsten Art ist. Den rechtemäßigen Behörden wird verboten, sie zu maßregeln oder strasen: sie sind unverletzlich. Mit Drohung oder Gewalt greift der französische Vertreter selbst ein, um ihre verbrecherischen Streiche zu unterstüßen oder zu bestätigen..."

Bücher

Bur Worgeschichte bes Weltfrieges.

Bismards Außenpolitit und ber europäische Status quo.

In den Augen der zeitgenössischen Diplomatie wie des zuschauenden Europa überhaupt erscheint die Politik Bismarcks — mit andern Worten die preußische Politik von 1862—66, seit 1867 die des Norddeutschen Bundes, später des Deutschen Reichs — belastet mit dem Borwurf der Unberechendarsteit. Dem geeinten Italien, dessen Politik von 1848 an dis zur Besetzung Roms der politischen Welt kaum geringere überraschungen bereitet hat, ist merkwürdigerweise von der politischen Meinung Europas eine größere Kreditswürdigkeit zugestanden worden. Diese Beobachtung macht stuzig; wo mag der Grund für die verschiedene Bewertung zu suchen sein?

Unberechenbar waren die Wendungen der preußisch-deutschen Politik dis 1871 gewesen. Nun setzte die gleiche Politik, welche im letzten Jahrzehnt die außenpolitische Revolution von Europa bedeutet und bewirkt hatte, die Welt in Erstaunen durch eine Schwenkung zum außenpolitischen Konservatismus, zur betonten Erklärung eines auf die Erhaltung des — jetzt erreichten — Status quo gerichteten Willens. Unverständlich wie diese Umstellung der Politik Bismarcks

Bücher

dem Auslande blieb, erwedte fie Migtrauen, gab fie Anlag zu phantaftischen Berdächtigungen ihrer "geheimen" Ziele. So ließ der englische Botschafter Obo Kussel Bismarck bald an eine Eroberung der Niederlande denken, bald ihn auf Zertrümmerung Ofterreich-Ungarns ausgehen. Bon der allgemeinen Verbreitung dieses Mißtrauens legte die "Alerte" von 1875 ein hinreichend

110

deutliches Zeugnis ab.1) Der tiefere Grund dieses misverstehenden Mißtrauens lag in der völlig verschiedenen Art, wie man die Gründung des Deutschen Reichs innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen betrachtete. In Deutschland sah die überswiegende Mehrheit des Bolkes in der Reichsgründung den geschichtlich notwendigen Abschluß seiner politischen Entwicklung während der letzten anderthalb Jahrhunderte. Man war überdies deshalb der Meinung, daß dieser Prozeßein allein Deutschland angehendes, wesentlich auf Deutschland zurückwirkendes Ereignis sei. Bismarck gab der geschichtlichen Anschauung in der Formel der "Saturiertheit" des neuen Bundesstaats ihren politischen Ausdruck. Ganz im Gegensak zu dieser eanzentrischen" Einstellung bedeutete für das Ausland Gegensatz zu dieser "egozentrischen" Einstellung bedeutete für das Ausland dieser Borgang die Schaffung eines neuen Machtsaktors, welcher in seinem Entstehen schon die europäische Gesamtlage wesentlich verändert und von dem man eine Fortsetzung seiner "bewegenden" Politik zu erwarten habe. Trothem, dafür erbringen die jetzt veröffentsichten **Atten zur deutschen Außenpolitik**²) den unwiderleglichen Beweis, war die deutsche "Saturiertheit" der Ausgangspunkt einer folgerechten Politik, als deren letztes Ziel Bismarck die Ausrechterhaltung bes europäischen Status quo, wenn nicht für immer, so doch "auf lange Zeit" vorschwebte. Diese Richtung hat Bismarcks Politik bis zu seinem Rücktritt fest-gehalten, und mehr als das. Bismarck hat sie durch die verwickeltsten Lagen hindurch der Politik Gesamteuropas wirklich zu oktropieren oder zu suggerieren verstanden. In dieser Politik hängen deutsche Saturiertheit und europäische Saturiertheit, d. h. die Wahrung des Status quo, auf das Genaueste zusammen.

Und so eng ist der Zusammenhang, so grundsätlich wird das Ziel verfolgt, daß man in dieser Berbindung etwas wie den Ansatz zu einer außenpolitischen Doktrin dieses so undogmatischen Bolitikers erblicken könnte. Was man an solchen Bermutungen bisher hegen mochte, findet Unhalt und Nahrung in einer Formulierung von klassischer Prägnanz, welche Bismarck dieser Gedankenreihe in den ersten Anfängen der großen Balkankrise von 1877 ge-

geben hat.

Die am türkischen Problem sichtbar werdende weltpolitische Rivalität Englands und Ruglands lieg die politische Depreffion fich vom Zentrum auf die Peripherie von Europa verlagern. Der deutsch-französische Gegensatz verlor entsprechend an seiner Schärse. Troßdem barg die allgemeine Lage in Bismarcks Augen ständig den Keim zu ernsten Verwicklungen, sobald ein Zusammenstoß zwischen England und Rußland den Franzosen die Möglichkeit bot, durch Ansschluß an eine der beiden Mächte eine Lage zu schaffen, welche der Revanche günstige Bedingungen bot. Jede derartige Kombination mußte den Status quo in Krage stellen, indem sie zugleich den Verpannt einer Verwicklan Verlieben in Frage stellen, indem sie zugleich den Revenant einer "Kaunitsschen Koalition", wie zuerst 1875, in drohende Nähe rückte. Wie war vom deutschen Standpunkt diesen Gefahren vorzubeugen?

"Ein französisches Blatt sagte neulich von mir, ich hatte ben "cauchemar des coalitions"," 3) heißt es in einer Bilang ber europäischen Lage,

2) Die große Politik ber europäischen Kabinette 1871—1914, 6 Bbe. Berlin — Bergl. den Auffat von Mendelssohn Bartholdy im Augustheft 1922.

¹⁾ Bergl. Herzfeld, H., Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875; Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Heft 3, Berlin 1922, Š. 6 ff.

³⁾ Die bisherige Tradition über dies geflügelte Wort, welches Bismarck dem Grafen Schruvaloff für das Jahr 1878 in den Mund legt, erfährt durch das Zitat an dieser Stelle eine Berichtigung sowohl nach der Zeit wie nach der Art seines Aufkommens. Nicht ber Bertreter des ruffisch-beutschen Zusammen-

Bismard im Sommer 1877 aufstellt.4) "Diese Art Alp wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht immer, ein sehr berechtigter bleiben. Koalitionen gegen uns können auf westmächtlicher Basis und mit Zutritt Ofterreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf ruffisch-öfterreichischer. Eine große Intimität zwischen zweien der drei letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jederzeit das Mittel zu einem sehr empfindlichen Druck auf uns bieten." Die orientalische Krise würde, so hoffte Bismarck und in dieser Richtung lagen seine Ziele, das wünschenswerte Ergebnis bringen, daß weder Rugland mit der Donaumonarchie sich zusammenfande, noch diese mit Frankreich. Diefes muffe durch feine Mittelmeerintereffen von einer Berbindung mit England, wie Ofterreich-Ungarn durch feine Balkanpolitik von einer Intimität mit Rugland ferngehalten werden. Bor allem aber muffe zwischen England und Rußland geschaffen werden "ein befriedigender Status quo, der ihnen das= jelbe Interesse an der Erhaltung des Bestehenden gibt, das wir haben ... und zwar "auf der Basis, daß England Agupten und Rußland das Schwarze Meer hat", wobei beide Mächte doch "auf eine Risvalität angewiesen bleiben, die sie zur Teilnahme an Koalitionen gegen uns unfähig macht." "Benn ich arbeitsfähig wäre," so fährt der leidende und doch unablässig arbeitende Bismarck fort, "könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: nicht das irgend eines Ländererwerbes, sondern das einer politischen Befamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unsrer bedürfen, und von Roalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichfeit abgehalten werden."

Wer dieses tiefgründige Dokument einmal gang auf sich hat wirken lassen, wird sich der Empfindung nicht verschließen, daß die klare und zugleich behutjam abwägende Ronzeption eher ber fühlen Beobachtung eines großen Siftorifers ju gehören scheint, als dem Gedankenbereich des willensstarken Staatenschöpfers. Nichts "Unberechenbares", Willfürliches haftet an diefer Anschauung der Wechfelbeziehungen innerhalb des europäischen Staatensuftems; fie ift getränkt von objektivem Befühl für die politischen Lebensnotwendigkeiten eines befriedeten Europa. Wie eine elliptische Figur mit zwei festliegenden Polen stellt sich das Staatensystem dar, auf deren Peripherie die Mächte sich gegen= einander bewegen unter der Einwirkung weniger bestimmter Kräfte. Diese machen jene Beziehungen variabel, aber immer als Auswirkung der Doppelsbeziehung auf die beiden Pole: das sind der Status quo auf der einen, das französische Revanchebedürfnis auf der andern Seite.

Kein Zweifel, daß der ganze Nachdruck der Ausführungen Bismarcks auf dem Moment des Status quo ruht. Er bildet den Ausgangspunkt; denn, wenn Erzukraich sich zuhis halten zum kleicht er in Weste und Witteleuropa gesiehert

Frankreich sich ruhig halten muß, bleibt er in West- und Mitteleuropa gesichert, wie er es jest schon ist. Und wieder zeigt er das Ziel, zu dem es über die akute Krise hinweg auch in dem Bereich der orientalischen Frage zu gelangen gilt. Dem Zustand absoluter Saturiertheit, welcher für Deutschland besteht, muß eine relative Saturiertheit aller Großmächte, wenigstens innerhalb Europas, folgen. Dann ist der Ausgleich der staatlichen Rrafte in einem auf Mitteleuropa, d. h. Deutschland, begründeten Gleichgewicht — allerdings einem labilen Bleichgewicht - erreicht und "auf lange Zeit" gewährleiftet.

Aber lag in dem Bunsch einer allgemeinen "Saturiertheit", die zudem noch in wesentlichen Punkten erst im Ansatz vorhanden war, nicht ein illusionäres Element? Verkannte diese Zielsetzung nicht das Gesetz der Aksove in. welches die Staaten beherrscht? Wurde nicht im Besondern der eigene Staat vergewaltigt und willfürlich um seine Wachstumsmöglichkeiten gebracht?

gehens, sondern der Scharfblick des Feindes hat die Lücke in der politischen Rüstung Deutschlands gesehen, und noch vor der Komplizierung der Lage durch den ruffischetürkischen Krieg und seinen Ausgang hat Bismarck die Geltung bes Gedankens anerkannt. Bergl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bolks-ausgabe, II, 253.

4) Diktat Bismarcks, Kissingen, 15. 6. 1877, Bd. 2, N. 294.

Wir haben gesehen, daß Bismarck das Gleichgewichtsspstem des Status quo als ein labiles betrachtete, daß er es nur auf den gegebenen Besitzstand Europas zwischen dem Kanal und dem Eisernen Tor angewendet wissen wollte. Darüber hinaus stellte er die Bewegungssreiheit der Mächte und die aus ihr folgenden Reis bungen durchaus in seine Rechnung ein. Er sah sie im "flüssigen Aggregats zustand", der nur im mitteleuropäischen Kern zur Kristallisation sich versestigen sollte. Nur, und dies in der Tat, dem eigenen Staat versagte er die Freis heit der Bewegung, ihm beschnitt er den Trieb zur alkeovesia. Aber in Deutschslands wohlverstandenem Interesse.

lands wohlverstandenem Interesse.
Die Proklamierung der deutschen Saturiertheit war ein subjektiver Willensakt, in welchem der leitende Staatsmann mit der großen Mehrheit des Volkes sich begegnete; während die objektive Natur der nationalen Staatsidee den Anspruch auf weitere Ausdehnung des Staates in sich zu tragen schien. Aus dem offenkundigen Widerspruch zwischen dem subjektiven Genügen an der kleindeutschen Lösung und der objektiven Unvolkkommenheit der Reichsegrenzen konnten Verdächtigungen wie die Aussels und viele andere ihre "sach-

liche" Begründung herleiten.

Aber wenn diese genügsame Haltung anormal und darum unverständlichsichen, so war sie deshalb nicht minder ein Ausdruck der klar erfaßten Lebensbedingungen des neuen Staates. Feder deutsche Schritt über die gegebenen Grenzen hinaus gefährdete das Spiel jener Wechselbeziehungen, welches die Rräfte der Großmächte um Europa kreisen ließ. Jeder derartige Schritt verließ die von Bismarck so meisterhaft "isolierte" Bahn, auf welcher die deutsche Politik ohne große europäische Berwicklung an ihr Ziel gelangt war. In der Umgebung von Staaten, deren keiner saturiert war noch sein wollte; deren jeder nach einer erlittenen Niederlage auf neue Aktionsfelder hinstredte, wie eben jeht Frankreich im Mittelmeer; unter diesen Boraussekungen mochte die von Deutschland geubte Entsagung unglaubhaft und unheimlich erscheinen. Bumal wenn eine so frappante Umstellung erfolgte, wie die von dem revolutionierenden "Annexionismus" der 60er Jahre auf die grundsähliche Enthalsamkeit nach dem Frankfurter Frieden. Und doch war die Haltung ehrlich und aufrichtig, weil und indem sie den eigenen Lebensbedingungen Deutschlands ents fprach. Gelang es Bismard, auf biplomatischem Bege ben übrigen Staaten bas Ziel ber Erhaltung bes europäischen Status quo auf ber Grundlage eines faturierten Deutschlands annehmbar zu machen, so wurde in der anerkannten Geltung dieser Idee das tatsächliche Bebürfnis Deutschlands maßgebend und vorwaltend. Das Zusammenfallen von Deutschlands Lebensbedürfnis mit jener zwar aus einem geschichtlichen Augenblick erwachsenen Konzeption der ausgeglichenen Gesamtlage, welche doch in jedem andern Augenblick als wahr und notwendig sich erweisen mußte; begründet in der deutschen Lage im Zentrum Europas; gultig solange das Deutsche Reich dem prägnanten Grundsatz seines Schöpfers folgte: "Hier liegt Rugland und hier Frankreich - bas ift meine Rarte von Afrika" - diese Roinzidenz deutscher und europäischer Interessen ist die politische Grundlage jener einzigartigen Epoche der europäischen Geschichte gewesen, welche durch 40 Jahre hindurch in ungestörtem Frieden verfloffen ift. Diefen Busammenhang erfannt und aus ihm mit gahem Willen und feinstem Berftehen die notwendigen politischen Schlusse gezogen zu haben, bleibt bas unvergängliche Berdienst Bismards.

Siegfried Raehler, Marburg (Lahn).

Es steht außer Zweisel, daß die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches von 1871 bis 1914, von denen die zweite Folge im Erscheinen begriffen ist, wie kaum eine andere Beröffentlichung geeignet sind, uns einen Blick in die Außenpolitik derjenigen Großmacht tun zu lassen, die nach ihrem Siege von 1870/71 in den viereinhalb Jahrzehnten vor Ausbruch des Weltkrieges eine bestimmende Rolle im Konzert der Weltmächte gespielt

hat. Es wird aber nicht jedermanns Sache sein — sei es, weil er die Ansschafsungskosten scheut, sei es, weil ihm die nötige Muße zum Studium der vielen Bände von Akten sehlt —, sich in die Akten selbst zu vertiesen und er wird es daher begrüßen, in einem Kommentar-Band von Bernhard Schwertzseger einen "Begweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung"*) zu erhalten, der ihn in einem I. Teil auf snapp 200 Textseiten mit dem wesentlichen Inhalt der ersten sechs Bände, der Bismarck-Zeit (1871—1890), bekannt macht. Aber auch zum Studium der Akten selbst ist dieser "Weg-weiser" empsehlenswert. Gibt er beispielsweise in einem II. Teil die Abersseigeng der fremdsprachigen Dokumente, in einem III. Teil das Verzeichnis sämtslicher Schriftstücke der Bände I—VI. Zu jeder weiteren Aktensolge ist ein gleicher Kommentarband vorgesehen.

Schwertfeger hat sich schon bei früherer Gelegenheit als ruhiger, sachlicher Beurteiler politischer Borgänge und Alten erwiesen; so gehört er beispielsweise dem Untersuchungsausschuß des Reichstages für Untersuchung der Ursachen
des Zusammenbruchs an. Von früheren Schriften von ihm im Zusammenhang
zur Kriegsschulbfrage seien erwähnt: "Der Fehlspruch von Versailles,
Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke"; "Poincaré und die Schuld am Kriege"; "Der Tiger, Die Kriegsreden Georges Clemenceaus" (alle drei bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin).

Die französische Rheinpolitik in amerikanischer Beleuchtung.

Aus den fünf Jahren seines Oberbefehls in Koblenz über die ameristanischen Besetzungstruppen am Rhein hat General Henry T. Allen vor kurzem sein Tagebuch veröffentlicht (My Rhineland Journal. Boston. 1923). Die schlichte Sachlichkeit dieser Aufzeichnungen erweckt Vertrauen. Der gerade Sinn, in dem er die Beugung des Rechts gegenüber dem wehrlosen Gegner so gut als gegenüber dem Gleichberechtigten scheut, gewinnt ihm die Achtung des Lesers. Ein ehrlicher Freund Frankreichs, begreift er es nicht, daß dem ohnsmächtigen Gegner gegenüber auch der letzte Rest von Recht, den ihm das Diktat von Versailles noch gelassen, nichts mehr gelten soll.

Was Frankreich im Rheinland betreibt, tritt uns in diesen Aufzeichenungen eines Nächstbeteiligten von allem Ansang an mit unverblümter Deutslichkeit entgegen. Als den Hauptzweck der Besetzung stellt ihm General Mangin in Mainz schon bei der ersten Begegnung am 10. Juli 1919 hin: Deutschland auf jede Weise zu schädigen und zu schwächen, insonderheit durch die Abspaltung einer Rheinrepublik als Pufferstaat unter französischer Kontrolle. Also ähnlich, wie er eskürzlich wieder gegenüber einem belgischen Zeitungsmann getan hat. Der französische Kommandant in Landau im Jahre 1919, General Gerard, ging noch weiter und wollte auch das Rheinland gleich von vornherein in drei Teile zerschlagen: eine pfälzische, eine Mainzer und eine kölnische Respublik.

General Allen kommt nach reiflicher Erwägung zu dem Schluß, den Deutsichen in der Ordnung ihrer Angelegenheiten in der amerikanischen Besehungszone möglichst freie Hand zu lassen, aber keinen Staatsstreich und keine Revolution zu dulden. Demgemäß hat er dem Auswiegler Dr. Dorten den Aufenthalt im Brückenkopf Koblenz versagt. General Mangin gegenüber berief er sich darauf, daß weder Clemenceau noch Poincare für die Rheinrepublik einstreten. Mangin mußte ihm das zugeben, aber er bezeichnete es nur als deren öffentliche Haltung aus Kücksicht auf Wilson und Llond George,

^{*)} Bernhard Schwertfeger, Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung. I. Teil: Die Zeit Bismarcks. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1923.

bie beide nichts davon wissen wollten. Dagegen habe sich Poincare ihm, Mangin, gegenüber für die Lostrennung der Rheinlande ausgesprochen.

Dieser Plan ist von Frankreich, wenn auch nach außen zeitweise etwas zurücktretend, beharrlich weiter verfolgt worden. Besonders scharf hat sich dann gegen Ende 1922 diese Frage zugespitt durch Lloyd Georges ersten aufwühlenden Artikel im Chronicle mit der Beschuldigung: "Es gebe Leute in Frankreich, welche die Annexion von Ländern fremder Rasse fordern. Frankreich müsse wissen, daß es damit alle britischen und amerikanischen Sympathien verscherze:" Allen bemerkt dazu: das Wort "Annexion" nehmen die Franzosen nicht in den Mund; hätte er Separation gesagt, so wäre das weniger aggressiv gewesen. Und kurz darauf schreibt er zu dieser Kernfrage, es sei kein Zweisel, daß die Mehrheit der Rheinbevölkerung gegen die Lostrennung in jeder Form ist. Schon der bloße Gedanke empört sie, als Verletzung der Selbstbestimmung des deutschen Volkes.

Mehr im Einzelnen führte zu scharfen Auseinandersetzungen u. a. der Fall des "wilden Journalisten" Smeets, der nach Allens Urteil wegen Ansgriffen auf deutsche Bürger wiederholt mit Recht von deutschen Behörden auf deutschem Boden gefangen gesetzt und verurteilt worden war. Am 6. Dezember 1921 forderte Tirard, der sich seine Instruktionen soeben persönlich bei Briand in Paris geholt hatte, in einer Extrasitzung der Rheinlandkommission ohne Juristen, diese Sache dürfe aus Rücksichten des Prestige nicht juristisch, sie müsse vielmehr rein politisch beurteilt werden! General Allen verurteilt dieses Borgehen aufs schärsste: Jede Regung derart widerspreche dem Geiste der Borschriften der Rheinlandkommission und den Rechten Deutschlands laut Art. V des Kheinlandabkommens.

Nicht minder bedenklich ist ihm vom Standpunkt der Wahrheit und des Rechtsdie von den Franzosen und Belgiern geübte Praxis, ihre sehlbaren Angehörigen straflos ausgehen zu lassen. Am 14. Oktober 1921 hatte General Allen eine sehr ernste Aussprache mit Rolin und Tirard über gewisse Vorfälle, veranlaßt durch französische Beamte: Oberst Belin in Bonn, General Papot in Ludwigschasen, General de Meh in Speher. Tirard weigerte sich, sie wegen ihrer Mißgriffe zu rügen, weil das mit den Rechten der Sieger im besehten Gebiet uns vereindar wäre. General Allen begreist zwar diesen Gedankengang, aber teilen kann er ihn als Bertreter der Vereinigten Staaten unmöglich. Abgesehen wiederum von der Verleugnung der eigenen Vorschriften, könne gar keine Rede davon sein, daß die eigenen Funktionäre weniger streng bestraft werden, wenn sie im Fehler sind.

Aber das Berhältnis zur deutschen Zivilverwaltung bemerkt er unterm gleichen Datum: Laut dem Rheinlandabkommen hat die Rheinlandkommission kein Recht, im Rheinland zu regieren und wir dürfen die Berwaltung oder Kontrolle der Geschäfte nicht usurpieren, es sei denn, daß der Unterhalt, die Sicherheit und die Requisitionen der Truppen in Frage stehen. Wären gewisse Rechtsverletzungen in den Bereinigten Staaten bekannt geworden, sie hätten dort eine böse Aufnahme gefunden.

Während die Franzosen durch ihre Eingriffe und durch ihr ganzes Bershalten eine versöhnliche Haltung der Deutschen shstematisch hintertrieben (vgl. 3. B. den Eintrag vom 22. August 1920), verstanden sich die Rheinländer auch nach Allens Urteil mit den Engländern und namentlich mit den Amerikanern viel besser. Eine Gallifizierung dieser so zahlreichen, so tätigen und so ursbeutschen Bevölkerung scheint ihm ausgeschlossen. Gegen Ende seiner Amtszeit, am 2. November 1922, kann Allen an Tirard melden, daß der Friedenszund Ordnungszustand in der amerikanischen Zone nie besser war und daß die deutschen Beamten aller Klassen, namentlich die Polizei, mit den amerikanischen Instanzen in höchst befriedigender Weise zusammenarbeiten.

Schon ein Jahr zuvor hatte General Allen bei der Erörterung der ungeheuren Besehungskosten im Interesse der Reparationen und des Friedens die Ansicht geäußert, daß bei dem damaligen Stande der Entwaffnung Deutschstands viel weniger Besehungstruppen genügen würden. Jedes Pfund und jeder

Franken, den man damit spare, komme den Reparationen zugut. Es gebe wirkslich keinen stichhaltigen Grund mehr, so starke Streitkräfte jest noch hier aufsrecht zu erhalten. Am 1. April 1922 sprach auch der Belgier Rolin die überzeugung aus, daß die Gesamtzahl der Rheintruppen verringert werden sollte. Denn je größer die Zahl, um so stärker die Reibung.

Im folgenden Jahre waren es dann aber die Amerikaner, die adzogen, d. h. gerade der verträglichste und reibungsloseste Teil der Besatung. An ihre Stelle traten französische Truppen, in der bestimmten Absicht, das Land sobald nicht mehr zu räumen. Auf Allens Frage, ob denn diese Heerlager am Rhein, entgegen den in Versailles vereinbarten Fristen, unendlich sortgeset werden sollen, erhielt er keine bestriedigende Antwort. Dem amerikanischen Botsschafter Herricht schrießter er deshalb am 18. Februar 1922 die Lage am Rhein in eindringlichen Wortent die beständig wachsend herausfordernde Art der Franzosen im Sinne permanenter Besetung des Landes; anderseits seine eigene Haltung und seine bestimmte stehen des Landes; anderseits seine eigene Haltung und seine bestimmte stehen kann, solange Frankreich am Rhein estehen Friede dort ein äußerst gefährliches Spiel. Anstatt die Feindschaft Deutschlands immer weiter zu verstärken, sollte es einen modus vivendi mit ihm sinden. Statt dessen Deutschland nicht weitershin verkrüppelt werde durch Zerstückelung und durch Besetung des Ruhrkohlensreviers, so werde es schon dinnen sünf Jahren wieder gegen Frankreich zu Felde ziehen.

Schon im April-Mai 1920 war es wesentlich dem Einspruch von Amerika zuzuschreiben, daß das Kuhrbecken nicht damals schon besetzt wurde. Im April 1921 handelt es sich wiederum allen Ernstes darum. Damals lag bereits ein sertiger Plan zur Ruhrbesetzung vor. General Allen hofft, daß es nie dazu kommen werde und kabelt wiederholt (21. und 23. April) ans Staatsdepartement in Washington: eine solche Besetzung würde jede Wiederherstellung normaler Berhältnisse auf lange Zeit verhindern. Es gelang, noch einmal einzusenken. Doch blieben die Franzosen nach wie vor darauf gerichtet. Nach General Allens Ansicht wurden sie davon einzig noch zurückgehalten durch die Haltung der ll. S. A. Die Gesahr ist brennend geblieben.

Am 22. August 1922 schreibt Allen u. a.: Wenn Frankreich sich die Ruhrkohlen sichert, so wird es damit, sowie mit denen von der Saar und von polnisch Oberschlesien im Stande sein, einen ganz übermäßigen Einsluß auf Europa auszuüben und sich möglicherweise alle Festlandsstaaten tributpslichtig zu machen. Frankreich spricht von produktiven Pfändern, welche jedoch die Experten nicht als produktiv in dem besagten Sian haben besinden können. Jest handelt es sich um die Kontrolle der Wälder und der Minen. Frankreich weiß zwar, daß diese Kontrolle unter seiner Leitung ungenügenden Ertrag bringen wird. Aber es weiß auch, daß Deutschland dadurch noch mehr verstümmelt wird, und daß Frankreich damit eine sast unbeschränkte Macht über Europa, den Kontinent erhält.

Am 8. November bespricht Allen die neusten (7. November) Parlamentssbebatten zwischen Poincare und Loucheur: Sie hinterlassen leider die tiefe überzeugung, daß beide viel mehr darauf erpicht sind, ein verstümmeltes Deutschland beizubehalten, als auf Reparationen. Diese Politik treibt die Länder Europas einem wirtschaftlichen Abgrund entgegen.

Und am 4. Januar 1923: Wenn Frankreich an seiner Reparationspolitik auf Kosten des europäischen Friedens und Handels sesthält, so wird es vielsleicht England und Deutschland dieser Tage in einem Handelspakte sinden, der die Sympathie der U. S. A. genießt und Frankreich von seinen bisherigen stärksten Bundesgenossen isoliert. Es kann jetzt keine Frage mehr sein, daß Frankreichs Hauptziel ist: Sicherung durch die Zerrüttung Deutschlands. Das führt zu der alten Frage zurück: Inwiesern die Anforderungen eines Staates eine Politik rechtsertigen können,

die fast allen andern schädlich ift? Da muß es doch endlich einmal eine Grenze

geben.

Schon am 14. September 1922 hatte Allen betont: es zeige sich immer beutlicher, daß der Weltkrieg noch nicht zu Ende ist. "Wir haben auch entdeckt, daß Frankreich fortfährt, ganz im Stillen immer neue Truppen ins Rheinland zu bringen, um sich dafür von dem verarmten Deutschland zahlen zu lassen und so seine klare Absicht durchzuseten: keine Möglichkeit zur Schädigung des Erbfeindes unbenützt zu lassen."

Am 13. Januar 1922 anerkannte General Gourand ausdrücklich, daß der Krieg unter anderer Form fortgeset wird, und schlug vor, daß aktive milis

tärische Schritte von ben Alliierten verlangt werden.

Unmittelbar nach ber Ruhrbesetzung schreibt General Allen am 23. Januar 1923: Der Birtschaftskrieg geht weiter mit steigender Erbitterung:
jedem neuen Widerstand wird durch neue Sanktionen begegnet. Kohlengraben
unter Bajonetten und Wälderfällen unter Säbelhieben, das erzeugt sicher mehr
Haß als Reparationen. Und am 25. Januar 1923: Der harte Gang der
Ereignisse beweist schlüssig, daß die Pläne Clemenceaus, Fochs und anderer
betr. die Rheingrenze in den Vorverhandlungen des Versailler Vertrages jett
ausgeführt werden sollen.

Zum Schluß noch ein Wort vom 8. Januar 1923: Die Reparationsstommission erklärt Deutschland ins Manko für die Ablieferung von Holz (einer Anzahl Telegraphenstangen), Kohlen und Barzahlungen. Der britische Bertreter Bradbury bemerkte dazu: Seit dem trojanischen Pferde sei Holz nicht

mehr zu solch verruchtem Zweck verwendet worden!

Trangott Geering.

Jur Rrifis des Parlamentarismus.

Bur Rechtfertigung seiner Diktatur sagte Mussolini kürzlich einmal: "In Rußland und in Italien zeigt sich, daß man außer, über und gegen die ganze liberale Fdeologie regieren kann." Unter siberaler Fdeologie versteht er hier demokratischeparlamentarisches Versassungsleben. In Rußland und in Italien ist die Krisis des Parlamentarismus offensichtlich, ebenso in Spanien. Deutschland segeste hart an der oligarchischen Diktatur vorbei. Nur mit äußersster Not gesang es hier, Anfang Dezember 1923, als das Kabinett Stresemann unter dem heftigen Druck der rechtsstehenden politischen Kreise zurücktrat, ein neues Kabinett, die Regierung Marx, zustande zu bringen, nachdem vier andere Versuche der Kabinettsbildung gescheitert waren. — In vielen deutschen Einzelstaaten, wie vor allem in Bayern, steht der Parlamentarismus gegenwärtig auf nicht minder schwachen Füßen. In England hat das alte eigentliche parlamentarische System durch das Aufkommen einer dritten mächtigen Partei ebenfalls einen heftigen Stoß erlitten. Einschneidende verfassungspolitische Umstellungen dürsten dort bevorstehen und England wird sich voraussischtlich — besonders durch häusigere Bolksbefragung — mehr dem Ideal der reinen, nichtrepräsentativen Demokratie annähern, wie sie in der Schweiz besteht. (über die staatspolitischen Umwälzungen in England vergleiche besonders die ausschlichen Kenstlichen Berössentlichungen von Karl Löwen ber steht. (über die staatspolitischen Kurzlichen Berössentlichungen von Karl Löwen ber steinen, "Die englischen Kürzlichen Berössentlichungen von Karl Löwen ber 1922" und seinen Aussasschen Kürzlichen Berössentlichungen von Karl Löwen ber ung zu ab be nes seinen Russolichen Kurzlichen Berössentlichungen hingewiesen beit soll nur kurz aus eine der vielen Berössentlichungen hingewiesen

Hier foll nur kurz auf eine der vielen Beröffentlichungen hingewiesen werden, die sich mit der heutigen Rrisis des Parlamentarismus ausseinandersetzen, nämlich auf die kleine, aber außerordentlich feinsinnige, aufschlußreiche und anregende Schrift des Bonner Staatsrechtslehrers Carl Schmitt über "Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus" (München und Leipzig 1923). Es ist das vielleicht die gedankentiesste Arbeit über den Parlamentarismus seit der ausgezeichneten Arbeit von Max Weber über

"Parlament und Regierung im neugeordneten Deutsch= land" (1918).*)

Der Grundgedanke von Schmitt ift die Behauptung, der Parlamentarismus sei nicht wesentlich eine demokratische, sondern vielmehr eine liberale Einrichtung. Auch Diktatur vertrage sich mit Demokratie, sofern die Diktatur vom "Bolkswillen" getragen sei. Der Parlamentarismus fann nicht aus Erwägungen äußerlicher "Expendivität" heraus gerechtfertigt werden. Das Entscheidende am Parlament ift öffentliches Berhandeln von Argument und Gegenargument, öffentliche Debatte und Distuffion, was man eben "Parlamentieren" nennt, "wobei zunächst nicht an Demofratie gedacht zu werden braucht." Die lette Rechtfertigung des Parlaments liegt "in den Gedanken des freien Wettbewerbs und der praftabilierten Harmonie." Der Liberalismus fordert nicht nur den Wettbewerb der Waren, sondern auch den Wettbewerb der Meinungen. Ebenso wie Redefreiheit, Breffreiheit, Bersammlungefreiheit, Distussionsfreiheit ist auch die Bewaltentrennung eine Forderung des Liberalismus und nicht ursprünglich der Demokratie. Ebenso sind die Gesetse und die Parteien liberale Einrichtungen. — Weiter meint Schmitt, der Parlamentarismus vertrage sich fehr wohl mit dem "spezifisch deutschen Denken", weil er der "organischen Staatsauffassung" entspricht. Allein die Macht des Parlaments ist heute weitgehend illusorisch und damit hat diese Einrichtung "ihre geistesgeschichtliche Grundlage und ihren Sinn verloren."

Schmitt wendet sich also nur gegen den Scheinparlamentaris mus und darin hat er gewiß Recht. Bei aller Hochschätzung, die man dem parlamentarischen System an und für sich entgegenbringen muß, ist doch zu sagen, daß eine verdeckte Diktatur weit mehr Nachteile mit sich führt als eine ofsene Diktatur, bei welcher eine Regierung ihre Berantworkung nicht auf eine machtlose Volksvertretung abwälzen kann. — Allein Schmitt zieht, ebensoswenig wie die meisten seiner staatsrechtlichen deutschen Kollegen, eine dritte Möglichkeit neben Parlamentarismus und Diktatur in Erwägung: nämlich die eigentliche Volkscher zu einer solchen Regierungsweise genügend politische Vildung besäßen; aber jedenfalls haben wir hier eine weitere mögliche Regierungsform vor uns. Und weiter wäre mindestens auf die Gesahr hinzuweisen, die jede Diktatur mit sich führt, nämlich auf die Gesahr, daß sie zur Oligarch ie, zur Klassenherrschaft sührt und damit schließelich doch zur Untergrabung der eigentlichen Demokratie in einem Staate, soseen und soweit eine solche zuvor schon bestanden hat.

hans honegger.

Zeitfragen.

"Die Kenntnis geschichtlicher Tatsachen allein, so wertvoll sie an sich ist, genügt nicht. Erst der Blick in die inneren Zusammenhänge und in die gesheimen Borgänge der Politik schärft unser Denken." Mit diesen einleitenden Worten kennzeichnet Gustav Steiner selbst den Wert seiner als 102. Neusjahrsblatt der Baster Gesellschaft zur Besörderung des Guten und Gemeinsnützigen erschienenen Arbeit "Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813" (in Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1924). Diese Schrift läßt uns in der Tat einen tiesen Einblick tun in die Hintergründe der Borgänge des Jahres 1813 und ist dadurch wie kaum eine andere geseignet, "unser Denken" für das Berständnis der Gegenwart zu "schärfen".

Die tieferen Ursachen für die Borgänge Ende 1813 sind natürlich in den Machtverhältnissen zu suchen, die seit 1798 und später in Europa herrschten.

^{*{} Bergl. außerdem etwa: R. Benerle: "Parlamentarisches Shitem — oder was sonst?" (München 1921); ferner Arbeiten von M. J. Bonn, Carl Landauer und Karl Löwenstein ("Bolf und Parlament", München 1923).

"Es war das Unglück der Eidgenossenschaft, daß das europäische Gleichsgewicht aufgehoben war," schreibt Steiner; "Frankreich hat im Laufe von 15 Jahren (1798—1813) die Neutralität der Schweiz unmöglich gemacht, und die andern Großmächte haben sie zerbrochen"; die Neutralität, die der Schweiz von Frankreich sormell zugestanden wurde, war eine einseitige Scheinsneutralität zugunsten Frankreichs; "in allen Kriegen Napoleons hatte die Schweiz die Aufgabe gehabt, unter dem schönen Namen unparteiischer Neustralität die französische Westgrenze zu sichern und damit den Kaiser zu unterstüßen"; der Söldnerdienst war durch die Verpslichtung, kein Regiment im Dienst einer anderen als der französischen Macht zu halten, zu einem ausschließlich französischen Dienst geworden; politisch war die Schweiz eine "Dosmäne Frankreichs"; die ihr aufgedrängte Mediationsversassung stand unter der Garantie des "Mediators", der sich nach Gutdünken in ihre inneren Ansgelegenheiten, in die Besetzung der Regierungss und militärischen Stellen einsmischte, während den übrigen Mächten sede Einmischung in die eidgenössischen Angelegenheiten verboten war.

Tropdem gewinnt man aus den Darlegungen Steiners durchaus den Einsdruck, daß die Schweiz beim Zusammenbruch der französischen Hegemonie nicht notwendig diese traurige Kolle hat spielen und die Grundlagen ihres künftigen politischen Daseins schließlich aus fremden Händen hat empfangen müssen. Die Schuld, daß es so gekommen ist, fällt auf die Politik, die die Eidgenossenschaft, bezw. einzelne ihrer damaligen verantwortlichen Staatsmänner, versfolgten. Im Jahre 1800 hatte sich der frühere helvetische Minister Stapfer über die Möglickeiten der außenpolitischen Helvetische Minister Stapfer über die Möglickeiten der außenpolitischen Heutralität erlangen, die Frankreich das übergewicht lunabhängiskeit sei unerreichbar, sosange Frankreich das übergewicht besitze." Steiner meint denn auch: "Die ganze Politik der schweizerischen Staatsmänner ging darauf aus, den Reststaatlicher Existenz in eine glücklichere Zeit hinüber zu retten. Man sügte sich dem übermächtigen Druck, aber man fügte sich nur mit Widerstreben. .. Man erniedrigte sich sogar in Schmeichelei dem Mediator gegenüber, aber dem Bolke war die Schmach dumpf sühlbar." Die ganze Tiese der Demütigungen hielt man ängstlich nach außen wie vor dem eigenen Volke verborgen: "Mas Napoleon in Straßburg und Paris und Regensburg den eidgenössischen Gesandten als Drohung ins Gesicht geschleudert hatte, das blied Geheimnis der schweizerischen Kegierungen. Was auch durchsieken mochte: mit Dankbarkeitssebezeugungen gegenüber dem Vermittler wurde die Schmach verhüllt."

Den eigentlich Berantwortlichen sieht Steiner in dem Landammann der Schweiz für das Jahr 1813, dem Jürcher Hand von Reinhard. Reinshard hatte auf seine Weise durchaus das Wohl des Landes im Auge. Aber es sehlte ihm die Fähigkeit, die gesamteuropäischen Berhältnisse auf ihre Zuskunftsmöglichkeiten einzuschäßen; er war ohne Weitblick und in seinem allsgemeinen politischen Urteil unselbständig; Macht imponierte ihm so sehr, daß er sich durch sie in seinem Urteil bestimmen ließ; zu seinem Bolk, zu den in ihm latent vorhandenen Willenskräften hatte er kein Bertrauen; persönlich mangelte ihm Mut und Entschlossenheit. "Sein Verhängnis war — schreibt Steiner —, daß er an die unbedingte Macht Napoleons glaubte. Er versor an ihn die Freiheit des Entschlusses... Er bewegte sich in fremden Geleisen, ansstatt eigene Wege zu gehen... Aus dem Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die Schweiz besand, zog er seine politischen Richtlinien, sein "Spstem" erzwungenen Nachgebens und der Liebedienerei." Dieses "S h st em" R ein h ar der allierten Truppen sozusagen wehrs und wassender 1813 dem Einmarsch der allierten Truppen sozusagen wehrs und wassender 1813 dem Einmarsch der allierten Truppen sozusagen wehrs und wassender Schweiz bedacht war, widersetze sich dem, und Reinhard stellte sich auf den französsischen Standspunkt; "den Wünschen des französsischen Gesandten Tallehrand war er zugängslicher als den Wünschen der Kerner Regierung." Diese Haltung Reinhards

hat dann aber schließlich auch den "Berrat" der Berner "Unbedingten" am Ende des Jahres bestimmt; "es ist ein Verhängnis, daß der Gedanke der nationalen Bewassnung vom Landammann von Ansang an abgelehnt wurde; die Berner waren jest auf sich gestellt und was zu einer vaterländischen Ansgelegenheit hätte werden können, wurde nun eine bernische Sache"; der "Versrat" der Berner hat aber den Alliierten die Verletzung der schweizerischen Reustralität, wenn auch nicht erst ermöglicht, so doch ganz wesentlich erleichtert. So reiht sich an die falsche Einstellung der Zentralseitung eine verhängnisvolle Folge um die andere.

Das gilt z. B. auch für die schließlich am 18. November von der Tagjahung erlaffene Reutralitätserflärung. Schon im Sommer war, vorwiegend von bernischer Seite, die Erklärung der schweizerischen Neutralität verlangt worden, weil diese nur dann, wenn sie in einem Augenblick, wo sie nicht als erzwungen erscheine, einen wirklichen Wert haben und als wirklicher Willensausdruck des Schweizervolkes gelten könne; Reinhard beabsichtigte auch, auf Ende August die Tagsahung einzuberufen; er teilte diese Absicht Tallegrand mit, ließ fie fich aber burch biefen wieder ausreden. Schlieglich erfolgte bie Einladung zur Tagfatung an die Rantonsregierungen in einem Schreiben vom 25. Oktober mit der Wendung: "Daß die Schweiz ruhig und neutral bleibe, ist nach mehreren mündlich und schriftlich erhaltenen Zusicherungen der Wunsch der französischen Regierung." "Und dieser Wunsch — bemerkt Steiner — war Reinhard richtunggebend." Am Tag nach Eröffnung der Tagsatzung hielt Tallehrand den Tagherren einen Vortrag, den er vorher mit Reinhard verabredet hatte, des Inhalts, daß Napoleon natürlich gerne eine ftarke Grengbesetzung der Schweizer seben wurde, daß er aber, um ihnen nicht unnötige Rosten zu bereiten, sich mit einem kleinen Aufgebot gufrieden gebe; in Wirklichkeit fürchtete Napoleon von einem vollen Aufgebot und von allen mili= tärischen Borbereitungen, daß diese sich gegen ihn richten könnten; darum hatte Tallegrand sie seit dem Sommer hintertreiben muffen, wobei er die volle Unterstützung Reinhards gefunden hatte; "daß der Landammann der Schweiz zu der-artigen Machenschaften die Hand reichte, das bleibt das Betrübliche an diesen Borgängen." Und nicht nur betrüblich ist dieses Verhalten Reinhards; es hat auch die eigentliche Katastrophe verursacht; die einzelnen Kantonsregierungen hatten sich im Vertrauen auf den Landammann hinhalten lassen und nicht auf die rechtzeitige Einberusung der Tagsatung gedrängt; als diese schließlich zusammentrat, war es zu spät; im Lager der Alliierten wurde nachher den schweizerischen Abgesandten mit Recht eröffnet, die Erklärung der Neutralität in dem Ausgeschlick in dem Mocht Bandsons aufenwerkende sei wentsch in dem Augenblick, in dem die Macht Napoleons zusammenbreche, sei wertlos.

Das "Spstem" Reinhard hatte aber auch jede mistiärische und moralische Borbereitung dau den Zeitpunkt der Abschüttelung des französischen Joches un möglich gemacht: "Das Benehmen des Landammannstrug nichts zur Festigung der öffentlichen Meinung bei, sondern es erschütterte sie, ... die Diplomatic der Regierung stand im Widerspruch zu den Empfindungen des Bolkes, ... durch die Beschränkung der Aushebung wurde nicht nur die militärische, sondern auch die geistige Verteidungsbereitschaft gelähmt. ... Den Kantonsregierungen verheimlichte Keinhard die gespannte Lage. .. Er hatte den Eiser, Opser zu bringen, gedämpst; er hatte die gespannte Lage. .. Er hatte den Eiser, Opser zu bringen, gedämpst; er hatte die gestige Bereitschaft zerstört, ... die ganze Verantwortlichseit siel auf den Landammann zurück, der durch eine Politik der Schwäche den Verteidigungswillen gebrochen und der Schweiz ihre einzige Spre genommen hatte, sür ihre Selbständigkeit Leib und Leben einzusesen. Daß Keinhard in der Unterwersung unter den Wilsen des Gesandten und nicht im Zusammenhang mit den Führern des Volkes sein Herlichsschafte, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschaften, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschuhrte, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschuhre, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschuhre, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschuhre, das war sein Verhängnis. .. Es war dem Landammann sicherlichsschuhren des Schweiz, eine Wahrheit zu hören, die er selber nicht eingestehen wollte und die sich im Katssale noch nicht sehen saste Allierten die Schweiz auf die

"Differenziertheit" ihrer Neutralität in den letten 15 Jahren aufmerksam machten) dem Bolke gegenüber die nachte Wahrheit von der französischen Knecht=

schaft befennen follten."

Die Schweiz hatte im Lager der Alliierten gute Freunde, denen jede Bersletzung der schweizerischen Neutralität zuwider war. Hätte Metternich Kaiser Alexander und Kaiser Franz gegenüber nicht auf die Uneinigkeit der Schweiz und anderes mehr hinweisen können, so wäre es ihm möglicherweise nie geslungen, ihnen die Zustimmung zum Durchmarsch durch das schweizerische Gestet abzulisten. Wäre eine schlagsertige, zu jedem Opfer bereite Armee an der schweizerischen Grenze gestanden, so hätten sich die alliierten Heersührer den Durchmarsch aus Sorge, die Schweiz dadurch in die Arme Frankreichs zu treiben — diese Sorge war durchaus vorhanden —, zweimal überlegt. Das "System" Reinhard aber hatte die Schweiz politisch, militärisch und moralisch wehrlos gemacht; "das Wort vom Verrat ging durch die Reihen, als die Mislizen kapitulieren mußten. Jene Unsicherheit griff um sich, die ein ganzes Volk erfassen kann, wenn es spürt, daß keine Leitung und kein seizer Wille mehr vorhanden sind. Der Landammann wagte nicht zu handeln, ohne im Einversständnis mit dem französischen Gesandten zu stehen... Er war besangen in seinem Urteil. Die Furcht vor Napoleon bestimmte die Entschlüsse... Die Chrenbezeugungen, die dem im Amte stehenden Staatsmann erwiesen werden, sind hinfällig. Künstige Geschlechter urteilen nach seinen Laten."

Bir wollen es unsern Lesern überlassen, im Einzelnen die Bergleiche zwischen den Borgängen im Jahre 1813 und unsern heutigen politischen Zuständen zu ziehen. Daß aber heute in der Behandlung unserer außenpolitischen Angelegenheiten ein "System" Reinhard im Begriff ist, zum herrschenden zu werden oder bereits in Herrschaft steht, dürste für jedermann, der seine Augen zu dem braucht, wozu sie ihm verliehen sind, außer Zweifel sein. Außer Zweifel ist aber auch, daß, wenn dieses "System" weiter in Herrschaft bleibt, wir in absehbarer Zeit einem neuen "1813" entgegengehen.

.

Man sieht heute noch immer gerne in Deutschland den einzigen unserer Industrie gefährlichen Konkurrenten. Wenig dagegen ist in der breiteren Sfientslichkeit noch bekannt, in wie skarkem Maße die stanzösische Iranzösische Iranz

Wernle, heute Leiter des Blattes der französischen Kolonie in Genf, des "Journal Français", war selbst vor dem Weltkrieg neun Jahre in Deutschland als Kausmann tätig. Er will in seinem Buch seine Landsleute anleiten, für

venden. Die Zeit sei günstig; die beinahe ausschließliche Bewunderung, die Deutschland bisher in der Schweiz genossen habe, wende sich heute Frankreich zu — wegen seiner glänzenden Leistungen im Kriege —; wenn auch die Entwertung der Mark der deutschen Ausschler eine Zeit lang günstige Bedingungen geschaffen habe, so seien die Positionen, die sich die französische Industrie ersobert habe, doch dauernd, weil die französische Industrie heute im Besitz eines großen Teils von dem sei, was die deutsche Industrie verloren habe; Frankreich könne heute einer der größten Stahl- und Eisenproduzenten der genten der ganzenten Seichtspunkt der wirtschaftlichen Durchdringung Mitteleuropas äußerst wichtig. — Das Buch ist im Ganzen mit viel Zurückhaltung, klug und nicht unshmpathisch geschrieben.

Es wäre zu viel gesagt, wenn man behaupten wollte, Frankreich sei im Begriff, in der Schweiz die Stelle einzunehmen, die Deutschland vor dem Kriege dort innehatte. Immerhin hat Frankreich im Wirtschaftsjahr 1923 am gesamten schweizerischen Auslandshandel mit 15,2 % an erster Stelle teilgenommen; an zweiter Stelle steht England mit 13,6 % und erst an dritter Stelle folgt mit 13,4 % Deutschland, auf das im Jahre 1913 28,4 % sielen. Amerika nimmt mit 9,6 %, Italien mit 8,3 % und Osterreich mit 2,3 % an unserm Außenhandel teil. Dabei ist einzig gegenüber England, Amerika und Osterreich

unfere Sandelsbilang aftiv.

* *

In das Rapitel wirtschaftlicher Aberfremdung gehört bis zu einem gewissen Grade die seit Jahren bei uns geübte Wasserkraft = und Rraftexport = Politik. Auf die Gefahren unserer augenblicklichen Kraft= export-Politif macht F. Frey-Fürst (Luzern) in einem für jedermann empfehsenswerten Schriftchen "Der Kraftexport eine nationale Gefahr" (Kommissionssverlag C. J. Bucher, Luzern) ausmerksam. Der Kraftexport ab neuen Werken, fo führt Frey ungefähr aus, fei unwirtschaftlich, belafte baher ben einheimischen Monnenten und schädige schweizerische Industrien durch billigere Strombelieferung ausländischer Ronturrenzwerte. Der Rrafterport führe die Schweiz aber auch zu einer eigentlichen Dienstbarkeit gegenüber dem Ausland; für die Erfüllung einer einmal eingegangenen Berpflichtung bestehe für sie absolute Notwendigkeit, weil das Ausbleiben des Stromes während eines Tages oder gar mahrend mehrerer Tage einem gangen ausländischen Gebiet, wenn basfelbe teine Dampf- oder andere Reserve besitze, zur wirtschaftlichen Katastrophe werden mußte. Gine weitere Gefahr erblickt Frey darin, daß der Kraftwerkbau und der Rrafterport vielfach von ausländischen und ausländisch=schweizerischen Ge= sellschaften betrieben werde. Er erinnert an den Fall des Laufanner Ingenieurs Boucher, dem als Bertreter ausschließlich französischer Gesellschaften vor einigen Jahren eine Konzession für einen Kraftwerkbau und für Kraftexport erteilt wurde; an die Motor A.-G., die große Interessen in Italien besitze; an die Lonza-Werke, die die Karbidfabrikation für Export im Wallis eingestellt und den mit schweizerischer Kraft arbeitenden Werken in Waldshut überlassen habe. Das Frredentistenblatt im Tessin, die "Adula", beispielsweise verlange immer und immer wieder den Bau tessinischer Kraftwerke und Kraftexport nach Italien; mit dem fremden Kapital komme eben auch der fremde politische Einfluß. Die Belieferung des Auslandes mit elektrischem Strom könne aber auch zur Folge haben, daß dieses eines Tages das Bedürfnis nach der "Sicherung" der Lieferung der "weißen Kohle" empfinde; dieser Ruf nach "Sicherung" könne einer ausländischen Regierung als Anlaß oder Vorwand für die Aneignung eines aus andern Gründen erstrebten schweizerischen Gebietsteiles bienen. In einem Kriege zwischen zwei Nachbarstaaten fonne der eine Kriegführende in der Belieferung feines Wegners mit eleftrischem Strom, der diefem bei der Bulverfabritation große Dienste leiftet, eine Begunftigung desfelben durch uns erbliden und die Siftierung der Lieferung verlangen; fommen wir der Aufforde= rung nach, fo empfinde bas ber Begner als Begunftigung bes andern u. f. w.

Unsere Verstridung mit dem Ausland durch den Kraftexport schaffe derart

hunderterlei Ronflittsmöglichkeiten.

Reine Gewinnabsicht treibe heute vielsach zum Bau von Kraftwerken und zum Kraftexport; Kücksicht auf das nationale Wohl und die Sicherheit des Landes werde dabei keine geübt. Daneben gefalle man sich in der Rolle eines "Maschinisten und Wasserwärters von Mitteleuropa" (natürlich: international muß die Rolle der Schweiz doch sein, sei es auch nur diesenige eines internationalen Wasserwärters oder eines Völkerportiers in Genf!). Frey sordert daher möglichste Beschränkung der Ausnuhung unserer Wasserkräfte für den Inslandverbrauch.

Die Erkenntnis, daß gesetzgeberische Maßnahmen ober die Revision bestehender Gesetzsbestimmungen gegen die zunehmende und sich zu einer allsgemeinen Landesgefahr auswachsenden über frem dung unumgänglich seien, war schon in dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges vorhanden. Die Kriegsjahre mit ihren vielen Aufgaben drängten diese Frage zurück. Der im Gesolge des Krieges auftretende Kückgang der überfremdung — von 14,7 % auf 10,5 % — ließ sie etwas weniger dringlich erscheinen. Es kann aber kein Zweisel darüber bestehen, daß die Bekämpfung der überfremdung unseres Landes nach wie vor äußerst dringend ist. Ein Staat, der sich bei dem Zustand, daß jeder zehnte seiner Einwohner ein Fremder ist, beruhigen wollte,

würde sich selbst aufgeben.

Zwei Bege sind es, die heute vorwiegend zur Abwehr gegen die übersfremdung empsohlen werden: Einmal die Verhinderung einer weiteren übersfremdung durch Unterbindung eines weiteren Ausländerzustroms; zweitens die Verminderung des heute vorhandenen Ausländersontingents durch Erleichterung der Einbürgerung oder durch dessen teilweise zwangsmäßige Einbürgerung. Vorwiegend den ersten Weg, den er als das primäre Mittel gegenüber dem sekundären der Einbürgerungsmaßnahmen bezeichnet, empsiehlt Dr. E. v. Waldstirch in seinem vor dem Schweizerischen Juristenverein im vergangenen Herbst gehaltenen Reseat "Die Erundsäße des Niederlassungsrechts der Fremden in der Schweiz" (erschienen in den Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1923, 1. Hest, Helbing & Lichtenhahn, Basel 1923). v. Waldsirch sordert als dringlich die Anderung eines bestehenden oder die Schaffung eines neuen Artikels der Bundesversassung, durch den dem Bund die Ord nung der Niederlassung der Kremden Maßnahmen übertragen wird. Auf dieser rechtsichen Grundlage wäre dann umgehend ein Bundesgeset über die Niederlassung der Fremden — Einreise, Aufenthalt, Niederlassung u. s. w. - zu schaffen. Ohne diesen verfassungsmäßigen Schutz gegen den Zustrom neuer Fremder sei die Einbürgerungspolitit ein nahezh untaugliches Mittel. — Der Ständerat hat im Dezember vorigen Jahres denn auch ein Postulat angesnommen, durch das der Audestalsung von Ausländern ersucht wird.

Von der entgegengeschten Seite geht **Prof. Dr. E. Delaquis** in seinem bei Orell Füßli als Heft 59 der "Schweizer Zeitfragen" erschienenen Schriftchen "Erstrebtes und Erreichtes zur Lösung unserer Fremdenfrage" an das Problem heran. Er richtet sein Hauptaugenmerk auf den augenblicklichen Zustand der Aberfremdung, der durch den Geburtenüberschuß der Ausländer und die Ausswanderung von Schweizern stets ein schlimmerer werde. Delaquis stimmt im wesentlichen mit dem bisher vom Bundesrat in seinen Botschaften vom 9. Nosdember 1920 und 14. November 1922 vertretenen Standpunkt der Einbürgestung kraft Gebietshoheit von Kindern ausländischer Eltern, wenn deren Mutter geborene Schweizerin ist, überein. Besonders wertvoll ist an dem Schriftchen auch die vergleichende Tabelle über die beiden Entwürfe der Bundesrates und die Anderungen, die diese in den Anträgen der Ständeratskommission und durch den Beschluß des Ständerates vom 19. Dezember 1923 bisher ersahren haben. Besanntlich hat der Ständerat in Kenntnis der Abneigung, der die

vorgeschlagenen Einbürgerungsmaßnahmen in weiten Kreisen des Schweizervolkes begegnen, den ursprünglichen bundesrätlichen Entwurf etwas verwässert. Hoffentlich folgt ihm der Nationalrat nicht auf diesem Weg. Denn was ein verwässertes Stückwert bei einer Anzahl von Stimmberechtigten an Sympathien gewinnen mag, verliert es bei all denen, die von der Notwendigkeit einer einheitlichen und grundfählichen Lösung dieser Lebensfrage des schweizerischen Staates überzeugt sind.

Eine den ganzen Fragenkomplex allseitig und erschöpfend behandelnde Aufklärung, der aber auch jede von Leidenschaftlichkeit getrübte, hetzerische Absicht fern sein muß, wird viel dazu beitragen, den für die künftige Bolks-abstimmung über diese Vorlagen günstigen Boden zu schaffen.

Die heutige Literatur der tvelschen Schweiz.

über diesen Gegenstand ist eine lehrreiche und lesenswerte Schrift von Dr. Pierre Kohler erschienen,*) dem verdienten Biographen der Frau v. Stael, in ihrem Berhältnis zur Schweiz betrachtet, dem Herausgeber von Benjamin Constant's Roman "Adolphe" und Berfasser wertvoller Studien zur Literatur= und Geistesgeschichte der Schweiz. Bas die vorliegende Schrift besonders angenehm und wertvoll macht, ist das Bestreben des Verfasser, uns die äußern und innern Tatsachen einer literarischen Entwicklung, die wir mitserlebt haben, unparteiisch und unvoreingenommen in Erinnerung zu rusen.

Der geschichtliche überblick, den uns P. Kohler über die neueste Literatur der französischen Schweiz bietet, reicht dis zu jenem geistigen Umschwung zurück, der mit der Gründung der Voile Latine 1904 begann, sich in den Feuillets (1911—13) sortsetze und mit den Cahiers vaudois (1914 ff.) eine neue Richtung nahm. Während nämsich dis zum Kriegsausbruch G. v. Keysnolds literarischer "Helvetismus" die Losung gab, wurde von 1914 an mit Gegendampf gearbeitet. Die vaterländischsschäftige Einheit von germanischsromanischem Wesen verlor alle Glaubwürdigkeit; das protestantische Gewissen sollte durch den Instinkt der lateinischen Kasse, die literarische Vermittlung zwischen den Kationen durch offene Parteinahme für Frankreich abgelöst werden. Die Literatur sollte sortan rein romanisch ("lateinisch" sagte man der größern Deutlichkeit wegen), instinktiv und eher katholisch als protestantisch sein. Dem Programm entsprachen die Talente und Geister: C.-F. Kamuz verkörperte den Instinkt, G. v. Reynold den Katholizismus. Der ideale Gedanke der hels vetischen Vervörderung wurde der Keuen helvetischen Gesellschaft überlassen. Nach dieser allgemeinen Orientierung zeichnet P. Kohler mit seinem Stift die Bildnisse der bekanntesten Schriftsteller; auf dem Gebiet der Verss

dichtung H. Spieß ("der am originellsten ist, wenn er nachahmt"), Ami Chantre, von dem der verzweifelte Bers zitiert wird:

Mon Dieu, délivrez-mois du malfaisant espoir! Espérer, c'est doubler la souffrance soufferte,

ferner F. Roger-Cornaz, Ch. Clerc, P. Girard ("vissionärer Pantheist"), P.-L. Matthen, R.-L. Piachaud und G. v. Reynold; unter den Vertretern des Komans sind William Ritter, Benjamin Vallotton, Frau Roëlse Roger, R. de Traz und C. F. Kamuz eingehend behandelt, überall mit dem Bestreben, Eigenstümlichkeit und Verdienst eines jeden nach Billigkeit zu kennzeichnen.

Von unserm deutschschweizerischen Standpunkt aus gesehen hat dieses Literaturbild noch einen ganz besondern Reiz. Er liegt vielleicht weniger in dem, was Kohler ausdrücklich sagt, als in dem, was er nicht sagt, was sich aber einem Leser, der die Literatur der deutschen Schweiz kennt, unwillkürslich aufdrängt.

Da ist erstens einmal die Unvolkstümlichkeit dieser welschen Literatur.

^{*)} La littérature d'aujourd'hui dans la Suisse romande. Lausanne (Payot & Cie) 1923.

Rohler selbst gibt zu (S. 48), es sei ein wahres Verhängnis, daß in den Ländern französischer Zunge die künstlerische Literatur alsem Volk, das nicht künstlerisch noch literarisch sei, unzugänglich bleibe. Vallotton sührt er als den einzigen Schriftsteller der welschen Schweiz an, der zwischen Literatur und Volk eine Brücke schlage. Das hängt natürlich mit dem vollskändigen Verlust der Mundart zusammen. Die Vermittlerrolle, die unsere zweisprachigen Schriftsteller übernehmen, unsere Huggenberger, Gseller, Reinhard, v. Tavel, Lienert, Eschmann, Dominik Müller, Emil Balmer — um nur die Lebenden zu nennen —, ist in der welschen Literatur unbekannt. Auch der starke Anteil der Mundart an der schriftsprachlichen Literatur, diese Würzung und Berreicherung der Büchersprache durch den unerschöpflichen Vortschatz und den Geist unserer Mundart, ist den Welschen eine fremde, sast antipathische Erscheinung. Sie stellen sich die schwere Aufgabe des mieux serire et devenir dlus parkaitement nous-memes (S. 8) und dazu gehört bei ihnen die Bestämpfung der heimatlichen Haussprache, dieses "langage impropre et in digent" worin die Landeskinder so lange ausgezogen worden seien.

Während unsere Schriftsteller einen Stolz darein seten oder es doch wenigstens nicht ungern haben, wenn man ihrem Stil den Schweizer ansmerkt, so geht der Ehrgeiz des welschen Dichters vielmehr auf das Lob auß, einem Pariser zum Verwechseln ähnlich zu sehen. Es ist wahr, daß Ramuz diesem Lob nichts nachfragt und einen Stil schreibt, der eine französische Afademie mit Grauen erfüllen müßte. Mit voller Absicht, mit fast barbarischem Behagen wirft er alle Regeln des anerkannten guten Stils, selbst diesenigen der Grammatik, über den Haufen, um eine Sprache für sich zu haben. Gut. Dieses Vergnügen können wir ihm lebhaft nachfühlen. Allein diese zurechtgezimmerte Sprache, in der er seine phantastischen Walliser und Waadtländer Romane schreibt, ist keineswegs die Sprache des Volkes; sie ist auch nicht aus dem Geist derselben geschöpft, so weit ich urteilen kann. Mag sie aus einem noch so wunderbaren "Instinkt" oder "Impuls" stammen, so haftet ihr doch etwas künstlich Gemachtes an; sie bleibt "livresque" so gut

wie die geglättete, weit verständlichere des Lyrifers henri Spieg

Eine andere auffallende Ericheinung ist die Vernachlässigung des Dramas. Wäre nicht das Theater von Mezidres, 1908 von Kene Morax und andern gesgründet, so hätte die welsche Literatur überhaupt keinen Anteil an der dramatischen Kunst aufzuweisen. Denn die städtischen Theater von Genf und Lausanne sind den Fremden ausgeliesert und ausgesprochen französische Provinz. Um so größer erscheint das Verdienst von Morax, in seiner "Quatembernacht" und seinem "Zehnten" (1901 und 1903) einheimische Sage und Sitte auf die Bühne gedracht zu haben. Auch seinem "Tell" von 1914 rühmt P. Kohler noch eine "sehr helvetische Note" nach. Aber dann fegte auch bei ihm der Krieg und der Deutschenhaß alles eidgenössische Nationalgesühl hinweg und zog auch ihn in jene Strömung hinein, welche die Künstler dem Volk entriß und den Literaturklüngeln zutried. Sein "König David" von 1921 war ein Zeugnis dasür, daß er die Fühlung mit dem Gesamtgeist verloren hatte oder nicht mehr suchte.

So müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die welsche Literatur ihren früher so oft empsundenen und warmherzig betonten Zusammenhang mit der beutschschweizerischen verschmäht und, nach Art der Schwachen und Unselbständigen, ihren Halt und Borteil im Anschluß an das "siegreiche" Rachbarstand sucht. Es könnte aber wohl sein, daß dort auch auf dem Gediete der literarischen Freizonen die Freundschaft durch Enttäuschungen abgekühlt würde. Wenn das zur Folge hätte, daß die welsche Literatur wieder den Mut fände, sich zum deutschsfischen Schweizertum zu bekennen, so wären wir um eine schwere Sorge erleichtert.

Berantwortlicher Schriftleiter: Dr. Hans Dehler. — Schriftleitung und Verlag: Zürich, Steinhaldenstraße 66. — Druck: Gebr. Leemann & Co., A.-G., Zürich 2. — Abdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift ist nur unter Quellenangabe gestattet. — Übersetzungsrechte vorbehalten.